



Überflüssige Regulierung einschränken

FDP-Generallsekretär Bijan Djir-Sarai beklagt Überbürokratisierung der EU

Der FDP-Generalsekretär und Bundestagsabgeordnete Bijan Djir-Sarai ist ein außergewöhnlicher Politiker. Bis zu seinem 11. Lebensjahr verbrachte der gebürtige Perser seine Kindheit in Teheran, bevor ihn seine Eltern in die Obhut seines Onkels in Grevenbroich gaben, um ihm eine bessere Lebensperspektive zu eröffnen. Laut Wikipedia bezeichnet Djir-Sarai seine früheren Erfahrungen im autoritären Regime Irans wiederholt als prägend für sein politisches Engagement – insbesondere sein Eintreten für Bürger- und Menschenrechte. Nach dem Abitur studierte Djir-Sarai Betriebswirtschaftslehre an der Universität Köln und schloss das Studium als Diplom-Kaufmann ab. Im Jahr 1996 trat er in die FDP ein, wurde 2005 Vorsitzender der FDP-Kreistagsfraktion im Rhein-Kreis Neuss und übernahm im März 2014 den Vorsitz des FDP-Bezirksverbandes Düsseldorf. Bei der Bundestagswahl 2009 gelang Djir-Sarai der Einzug in den Deutschen Bundestag. Er wurde auf Anhieb Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und zudem Vorsitzender der deutsch-iranischen Parlamentariergruppe. Weiterhin leitet er die Arbeitsgruppe Außenpolitik der FDP-Bundestagsfraktion. Als Außenpolitiker setzte sich Djir-Sarai für eine Verbesserung der Menschenrechtssituation im Nahen und Mittleren Osten ein, lehnte Sanktionen gegen Israel ab und befürwortete die Einstufung der Hisbollah als terroristische

Organisation. Ebenfalls in der 17. Wahlperiode als Bundestagsabgeordneter sprach sich Djir-Sarai für eine Lockerung der Sanktionen gegen den Iran aus, da diese vor allem die breite Bevölkerung treffen. Zudem machte er die Integrationspolitik zu einem seiner politischen Schwerpunktthemen. In diesem Zusammenhang kritisierte er die Schiffs-Kapitänin Carola Rackete, die jetzt für die Linkspartei bei der Europawahl antritt, weil diese, trotz eines Verbots durch italienische Behörden, insgesamt 53 aus Libyen kommende Flüchtlinge in den Hafen der Insel Lampedusa angelandet hatte. Die Rechtsstaatlichkeit sei außerordentlich gefährdet, wenn „unter Berufung auf gesinnungsethische Motive Gesetze gebrochen werden“, so die eindeutige Haltung des liberalen Vordenkers. Auf dem FDP-Parteitag wurde Bijan Djir-Sarai am 23. April 2022 zum Generalsekretär gewählt. Zuvor hatte er das Amt rund vier Monate kommissarisch ausgeübt. Vor seiner Wahl gab Djir-Sarai das Versprechen: „Ich werde niemals ein zusätzlicher Regierungssprecher sein. Meine Mission lautet FDP.“ Nach eigenen Worten sieht Djir-Sarai die FDP als „bürgerliches Korrektiv zu zwei eher linken Parteien“ – also zu SPD und Bündnisgrünen. Wie er den Spagat zwischen Ampel und Partei schaffen will und was seine Ziele sind, darüber sprach der FDP-Generalsekretär mit Janina Schäfer.





Fotos: Milena Radatz

? Herr Generalsekretär, die FDP verfolgt Ihren Worten nach das Ziel, Deutschland zu einem Vorreiter bei der Kernfusion zu machen, um klimaneutrale Energie sicher und günstig zu produzieren. Haben Ihre Pläne überhaupt eine Chance, sich innerhalb der Ampelkoalition durchzusetzen – besonders mit Blick auf die Bündnisgrünen, die sich aus ideologischen Gründen gegen neue Technologien stellen?

Bijan Djir-Sarai: Die Kernfusion kann eine Revolution in der Energiepolitik bedeuten und das Erreichen unserer Klimaziele stark unterstützen. Wer sich bei solchen wissenschaftlichen Durchbrüchen querstellt, zeigt nur, dass es ihm oder ihr nicht um die Sache gehen kann.

Ganz grundsätzlich ist doch klar: Angesichts des exponentiellen Wachstums der Weltbevölkerung und des zunehmenden globalen Wohlstands steigt der Energiebedarf der Menschheit kontinuierlich an. Gleichzeitig wächst die Dringlichkeit, unsere begrenzten natürlichen Ressourcen schonend zu nutzen, sowohl aus Klimaüberlegungen als auch im Hinblick auf wertvolle Bodenschätze wie Seltene Erden. Diese Herausforderungen haben den weltweiten Druck und das Interesse an der Erschließung neuer, sauberer Energiequellen verstärkt.

Die Kernfusion erweist sich als eine vielversprechende Option. Obwohl die Idee seit langem besteht, gelang es Wissenschaftlern in den USA erst im Dezember 2022, aus einer Kernfusionsreaktion mehr Energie zu gewinnen, als für den Prozess aufgewendet wurde. Dieser Durchbruch markiert einen Meilenstein und läutet eine neue Phase im globalen Wettlauf um die Führung in der Kernfusionstechnologie ein. Wir werden deshalb für den Betrieb der Kernfusion in Deutschland einen geeigneten eigenen Rechtsrahmen außerhalb des Atomrechts schaffen, der den geringeren Risiken dieser Technik Rechnung trägt und die Anwendung der neuen Technologie ermöglicht. Dies soll insbesondere für die lasergestützte Kernfusion gelten, in deren Komponenten wir aktuell die Technologieführerschaft haben.

? Trotz der massiven Intervention der FDP gegen Habecks Heizungspläne plant die EU allerdings ab dem Jahr 2040 ein Verbot von Gasheizungen. Demnach müssten Haushalte ihre Heizungen schon in den nächsten 16 Jahren umrüsten. Diese Pläne sprechen eindeutig gegen die von der FDP propagierte Technologieoffenheit. Wie positioniert sich Ihre Partei zu den EU-Plänen, zumal die Gas-Alternative Wasserstoff in absehbarer Zeit gut und günstig verfügbar sein wird?

Bevormundung und Verbote

Bijan Djir-Sarai: Die FDP steht glasklar für Technologieoffenheit – in Deutschland und Europa! Wir werden auch auf europäischer Ebene weiter dafür kämpfen.

Denn wir unterstützen Innovationen und lehnen Bevormundung und Verbote entschieden ab. Deutschland verfügt über eine breite und international herausragende Forschungslandschaft sowie über kluge Köpfe und fleißige Hände, die die Treiber unseres Fortschritts und Wohlstands sind. Für die Ausschöpfung ihrer Potentiale setzen wir uns ein. Daher befürworten wir die gesetzliche Verankerung des „Technologiefreiheitsprinzips“, um sicherzustellen, dass alle Türen für die Erforschung und Entwicklung neuer Technologien offenstehen.

Dabei betrachten wir die Überbürokratisierung und Beschränkungen aus der Europäischen Union mit großer Skepsis, insbesondere angesichts der Tatsache, dass 57 Prozent der bürokratischen Belastungen aus Brüssel stammen. Es ist dringend erforderlich, dass die EU ernsthaft damit beginnt, überflüssige Regulierung einzuschränken, um den Unternehmen mehr Freiräume zu geben. Die gegenwärtige Politik der CDU-Kommissionspräsidentin von der Leyen steht leider im Widerspruch zur ursprünglichen Vision eines Friedens- und Freihandelsprojekts EU. Dieses zielte darauf ab, das Leben der Menschen zu erleichtern. Man muss ja gelegentlich daran erinnern, dass

Ursula von der Leyen der CDU angehört – und nicht etwa den Grünen... Wir sind überzeugt davon, dass ideologiegetriebene Verbote keinen Fortschritt bringen können und das vertritt auch entsprechend unsere Spitzenkandidatin zur Europawahl, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann.

? Die Ampel hat das Bürokratieentlastungsgesetz IV auf den Weg gebracht. Es soll die Wirtschaft in Höhe von rund 944 Millionen Euro pro Jahr entlasten. Gemessen am Gesamtvolumen des Bundeshaushaltes ist dies doch nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Wo bleibt der große Wurf, um den bürokratischen Aufwand zu verringern und damit mehr unternehmerischen Freiraum zu schaffen?

„Das ist doch Irrsinn“

Bijan Djir-Sarai: Zwei Punkte sind wichtig: Erstens, die FDP kann in der aktuellen Regierung gar nicht schnell Bürokratie abbauen, wie uns durch die EU-Kommission unter Ursula von der Leyen nachgekippt wird. Beispiel: Unser FDP-Bundesjustizminister Marco Buschmann baut rund eine Milliarde Bürokratiekosten mit dem Bürokratieentlastungsgesetz IV ab – währenddessen kommen neue Auflagen aus der EU mit rund 1,4 Milliarden Belastung. Das ist doch Irrsinn!

Und zweitens: Wir sehen auch den immensen Handlungsbedarf, der weiterhin auf nationaler Ebene vorherrscht – deswegen wollen wir ein „Jahresbürokratieabbagesetz“: Jedes Jahr soll es ein Gesetz zum konsequenten Bürokratieabbau geben – analog zum vielleicht bekannten Jahressteuergesetz. Natürlich ist es erstmal ungewöhnlich, dass man ein Gesetz – also Bürokratie – für den Abbau desselben braucht. Aber manchmal muss man den Teufel mit dem Beelzebub austreiben.

? Ihren Worten nach sind die Rahmenbedingungen in Deutschland, international betrachtet, ein Wettbewerbsnachteil. Deutschland sei ein Hochsteuerland, verglichen mit anderen erfolgreichen Wirtschaftsnationen. Wäre es da nicht ein erster Schritt, den Solidaritätszuschlag komplett abzuschaffen, zumal dies durch den Bund allein geregelt werden könnte?

Bijan Djir-Sarai: Absolut! Aber wir sollten noch viel mehr tun. Das ist nicht der einzige steuerpolitische Vorschlag, den die FDP hat. Neben der kompletten Abschaffung des Solidaritätszuschlags müssen wir an die zu hohen Energiepreise ran, brauchen Steuerreformen zur Abschaffung der Kalten Progression, sollten Abschreibungen verbessern und bessere Rahmenbedingungen für Wagniskapital schaffen. Das sind nur einige wenige Punkte, aber sie wären wichtig. Im Allgemeinen ist auch der Blick auf die Unternehmensteuer wichtig: Diese müsste auf maximal 25 Prozent runter, damit wir wieder an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen.

? Ihre Partei hat deutlich gemacht, dass Deutschland bei den Themen Steuerung, Kontrolle und Begrenzung irregulärer Migration in Deutschland besser werden muss. Wie wollen Sie diese Forderung durchsetzen? Allein der Streit um die flächendeckende Einführung der Bezahlkarte hat doch gezeigt, dass mit den Bündnisgrünen eine realistische Migrationspolitik so gut wie ausgeschlossen ist.



Bohren dicker Bretter

Bijan Djir-Sarai: Ich betone immer wieder: Die Migrationspolitik in Deutschland muss letztlich im Einklang mit der Realität stehen. Das ist oft ein Bohren richtig dicker Bretter! Sie haben die Bezahlkarte selbst angesprochen, die immens wichtig ist, um Pull-Faktoren zu minimieren. Hier hat sich der ausdauernde Einsatz der FDP gelohnt. Wir werden auch nicht müde, weitere wichtige Weichenstellungen für mehr Kontrolle und Steuerung der Migration vorzunehmen.

Wir müssen einen Leitsatz beherzigen: Deutschland ist natürlich ein weltoffenes Land, aber es darf dabei seine eigenen Interessen nicht vergessen. Übersetzt in die Realpolitik heißt das ganz konkret, dass wir weniger irreguläre Migration in unsere Sozialsysteme wollen, dafür aber mehr Migration in unseren Arbeitsmarkt. Erfolgreiche Einwanderungsländer wie Kanada, Neuseeland oder auch Australien machen uns vor, wie das geht. Daran müssen wir uns als Deutschland und EU orientieren.

Dazu gehört mindestens ein konsequenterer Schutz der EU-Außengrenzen und in Deutschland selbst mehr Engagement, dass illegal eingereiste Personen ohne Aufenthaltstitel auch abgeschoben werden.

Ganz ehrlich: Unseren Kommunen können wir doch bei der aktuellen Überlastung nicht erklären, warum es da nicht schneller vorangeht. Da sind neben dem Bund aber vor allem auch die Länder gefragt – schließlich sind diese bei Rückführungen in der Verantwortung. ▶



? Ihr Parteivorsitzender, Bundesfinanzminister Lindner, hat das Bundeskabinett zu einem Knallhart-Sparkurs verdonnert. Während die Ministerien „Digitales und Verkehr“ sowie „Bildung und Forschung“ am meisten Federn lassen müssen, kann das Ministerium für Arbeit und Soziales sich über eine Budget-Erhöhung von rund drei Milliarden Euro freuen. Haben sich da nicht die Relationen verschoben, dies auch mit Blick auf die zugesagte Nato-Quote, die es zu erfüllen gilt?

Aktivierender Sozialstaat

Bijan Djir-Sarai: Ohne jetzt auf jedes Ministerium einzugehen, werden die Themen Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit sicher zukünftig stärker an Priorität bei den Haushaltsverhandlungen gewinnen. Vor dem Hintergrund weltweiter Krisen und Entwicklungen muss ich das an dieser Stelle nicht weiter ausführen.

Und genauso klar ist, dass wir unseren Sozialstaat treffsicherer machen müssen. Wir haben eine Unwucht, wenn wir uns die Aufteilung des Bundeshaushalts anschauen. Knapp 37 Prozent aller Ausgaben im Haushalt 2024 fließen aus dem Bereich des Ministeriums für Arbeit und Soziales. Verstehen Sie mich nicht falsch: Weder ich noch die FDP wollen unseren Sozialstaat abschaffen – er ist eine wichtige Errungenschaft, die wir bewahren wollen!

Aber dazu gehört auch die Akzeptanz seitens der Bevölkerung. Deswegen regen wir Reformen im Bürgergeld an, die mehr Arbeitsanreize setzen. Wollen außerdem ein Moratorium, dass mindestens für drei Jahre keine neuen Sozialleistungen eingeführt werden und stellen manche Entscheidungen aus der Vergangenheit --wie die Rente mit 63 – in Frage.

Das alles aus mehreren Gründen: Zum einen brauchen wir wirklich jede helfende Hand, um den Arbeitskräftemangel im Land zu mildern. Zum anderen kann man doch den fleißigen Menschen im Land, die jeden morgen früh aufstehen und zur

Arbeit gehen, nicht erklären, warum andere kaum Sanktionen zu befürchten haben, wenn sie zumutbare Arbeit ablehnen.

Ein guter, treffsicherer und aktivierender Sozialstaat ist eben auch eine Frage des sozialen Friedens in einer Gesellschaft – dieses Leitmotiv verfolgen wir als FDP.

? In dem Rentenpaket der Ampelkoalition ist auch die Aktienrente enthalten, die Ihre Partei für wegweisend hält. Nach Ihren Worten soll das Rentensystem durch die Aktienrente zukunftsfest gemacht werden. Bei der Aktienrente handelt es sich um eine kapitalgedeckte Säule der gesetzlichen Rentenversicherung. Wird die Aktienrente auch dann zukunftsfest sein, wenn die Börse nicht mitspielt und keine erwarteten Gewinne zur Finanzierung der Rentenkasse anfallen?

Bijan Djir-Sarai: Ich möchte zuerst kurz festhalten, dass dringender Handlungsbedarf besteht, weil das jetzige Rentensystem leider eben nicht mehr sicher ist. Es ist überfällig, dass wir die Chancen der Kapitalmärkte auch für die gesetzliche Rentenversicherung nutzen. Wir leben in einer alternden Gesellschaft. Die geburtenstarken Jahrgänge gehen in den nächsten Jahren in Rente. Auf immer mehr Rentnerinnen und Rentner kommen immer weniger junge Menschen, die Beiträge in die gesetzliche Rente einzahlen. In Norwegen wird das schon länger so gemacht. Im vergangenen Jahr konnten sogar Rekordgewinne auf Grund des sich rasant entwickelnden Technologiesektors verzeichnet werden. Selbstverständlich unterliegt die Wirtschaft konjunkturellen Schwankungen, die in Kauf genommen werden müssen. Kurzfristige Schwankungen sind bei solchen Modellen aber vernachlässigbar. Das zeigen alle Beispiele aus anderen Ländern, die ähnliche Systeme nutzen.

Das Generationenkapital ist ein wegweisender Schritt, denn damit wird Rentenpolitik in Generationen statt in Legislaturperioden gedacht. Wir haben unsere Koalitionspartner erfolgreich überzeugt, dass die Rentenversicherung nur mit einem Beitrag



Bijan Djir-Sarai (MdB)

Bijan Djir-Sarai wurde erstmals 2009 in den Deutschen Bundestag gewählt, dem er seit 2017 erneut angehört. Er ist Vorsitzender der Landesgruppe NRW der FDP-Abgeordneten und Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages. Außerdem gehört er dem Landesvorstand der nordrhein-westfälischen FDP an, ist Vorsitzender des FDP-Bezirksverbands Düsseldorf sowie Kreisvorsitzender der FDP im Rhein-Kreis Neuss. Seit April 2022 ist er Generalsekretär der Freien Demokraten.

Djir-Sarai wurde 1976 in Teheran geboren, absolvierte sein Abitur in Grevenbroich und studierte Betriebswirtschaftslehre in Köln. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder. Bis 2017 war Djir-Sarai Hauptamtlicher Dezernent für Informationstechnologie, Infrastruktur, Technik, Controlling und Organisation im Rhein-Kreis Neuss. ■

des Kapitalmarkts langfristig finanzierbar bleibt. Wichtig ist aber, dass der Kapitalstock zügig weiter aufgestockt wird. Da werden wir nicht müde, weiter Überzeugungsarbeit zu leisten.

? Christian Lindner hat ein mehrjähriges Moratorium bei Sozialabgaben und Subventionen gefordert. Was genau verbirgt sich hinter Christian Lindners Plänen?

Bijan Djir-Sarai: Wie schon ausgeführt, ist unser Sozialstaat zweifelsfrei eine große Errungenschaft, die es zu bewahren gilt. Zur ganzen Wahrheit gehört allerdings auch, dass die Sozialausgaben immer weiter steigen und wir deshalb jetzt ein Moratorium brauchen, um einen gewissen Umverteilungswahn zu bändigen. Ein Moratorium bedeutet: Wir führen vorerst keine neuen Leistungen ein, für mindestens die Dauer von drei Jahren.

? Sie haben eine generelle Einschränkung des Streikrechts in sensiblen Bereichen mit Blick auf den Dauerzoff zwischen der Lokführergewerkschaft und der Deutschen Bahn ins Gespräch gebracht. An welche Maßnahmen haben Sie gedacht, damit in Zukunft ausgeschlossen wird, dass ein Herr Weselsky das ganze Land monatelang in Geiselnhaft nimmt?

Waffengleichheit

Bijan Djir-Sarai: Lassen Sie mich bitte zuerst etwas Wichtiges anmerken: Das Streikrecht ist zweifellos wichtig. Es geht um die „Waffengleichheit“ in unserem prinzipiell sehr gut funktionierenden System der Tarifautonomie. Dabei muss aber auch ein Arbeitskampf verhältnismäßig sein. Das Verhalten der GDL war in meinen Augen ab einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr auf eine gütliche Einigung ausgelegt. Und das Lahmlegen kritischer Infrastruktur verursacht immense Kosten, nämlich von geschätzt über 100 Millionen Euro pro Tag bei einem Bahnstreik.

Viele Menschen in unserem Land müssen berufsbedingt reisen. Es ist die Aufgabe der Länder und des Bundes Arbeitsumstände zu schaffen, die Handel und Austausch ermöglichen, anstatt einschränken. Ich appelliere daher, Verhandlungen effizient und schnell zu führen und vor allem eine ernsthafte Kompromissfindung anzustreben. Dazu könnten verpflichtende Schlichtungen und klare Streikfristen gehören. Es ist erfreulich, dass inzwischen ein Ergebnis erzielt wurde.

? In Ihrer Funktion als FDP-Generalsekretär warben Sie in einem Interview mit der *Bild am Sonntag* für eine schwarzgelbe Koalition, weil dieses Bündnis aus Ihrer Sicht in der Lage sei, Lösungen für die Probleme des Landes zu finden. Lässt sich aus Ihren Worten schließen, dass es so mit SPD und Grünen nicht weitergeht?

Bijan Djir-Sarai: Ich habe lediglich darauf hingewiesen, dass es von Fall zu Fall in wirtschaftspolitischen Fragen aus Sicht der FDP größere inhaltliche Übereinstimmungen gibt, als dies manchmal in anderen Konstellationen der Fall ist. Doch auch das muss man nach den Erfahrungen der letzten Zeit relativieren: Es war schließlich die Union, die monatelang das Wachstumschancen-gesetz blockiert hat – auf dem Rücken unserer Wirtschaft. Prinzipiell gilt ja: Koalitionen sind nie Liebesheiraten. Jede Partei muss sich im demokratischen Wettbewerb mit einem eigenständigen Programm behaupten. ■